

Unsere Jahrestagung in Winterthur

Objekttyp: **AssociationNews**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **18 (1943)**

Heft 7

PDF erstellt am: **29.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Unsere Jahrestagung in Winterthur

Überblick

Die jüngste Sektion unseres Verbandes, Winterthur, hat es sich nicht nehmen lassen, den Verband schon recht bald nach ihrer Gründung zur Jahrestagung zu sich einzuladen. Der Verband hat es, das bewies die Jahresversammlung vom 26. und 27. Juni, nicht zu bereuen, daß er diesem Ruf gefolgt ist. Zwar blieb die Zahl der Teilnehmer hinter den zwei früheren Jahren etwas zurück. Immerhin stellten sich 240 Delegierte und Gäste ein, und es war keine leichte Aufgabe, sie alle unterzubringen und sie alle auch, ohne die früher jeweils noch so gerne benützten, heute fehlenden Autocars, ein tüchtiges Stück des genossenschaftlichen Wohnungsbaues in Winterthur und Umgebung sehen zu lassen. Dank der guten Organisation gelang es, dieser beiden Aufgaben, nur scheinbarer Äußerlichkeiten, Herr zu werden. Daß die Tagung vom herrlichsten Wetter begünstigt war, trug weiter zur guten Stimmung bei, und wenn wir uns nicht ganz täuschen, so bedeutete den Delegierten auch das Tagungslokal, das Volkshaus Winterthur, mit seinem freundlichen großen Garten und dem wohlthuend kühlen und hellen Versammlungssaal eine Überraschung, die sie nur angenehm empfinden konnten. Erste Eindrücke aber und scheinbare Kleinigkeiten beeinflussen den Verlauf einer Tagung oft viel stärker, als man es wahr haben möchte. Sie waren in Winterthur offenbar in jeder Beziehung günstig.

Die Tagung selbst präsentierte sich als ein richtiges «mixed-grill»: ernste Verhandlungen, gemischt mit pikanten Einzelfragen, gelegentliche spitze Bemerkungen, gefolgt von gehaltvollen Voten, leicht geschürztes Theater — die einen sprachen von Sketsch, die andern von Quatsch — und Einführung in intensivste genossenschaftliche Leistungen, all das lag schließlich auf der Tagungsplatte beieinander, und jeder konnte sich dabei herauspicken, was ihm besonders behagte. Was für ein Wunder, daß wir im vierten Kriegsjahr überhaupt noch solche Tagungen erleben dürfen!

Mit dem Obigen soll nun aber nicht etwa gesagt sein, daß der ernsthafte Teil an der Jahresversammlung zu kurz gekommen wäre. Im Gegenteil: er mußte wohl zeitlich, wie alle andern Teile auch, kurz bemessen werden, stellte sich aber, wie das nachfolgende Protokoll belegen wird, als um so inhaltsschwerer dar. Es waren sogar recht gewichtige Probleme, die aufgerollt wurden: *Kampf gegen die spekulative Auswertung des Bodens*, Schaffung einer *Expropriationsmöglichkeit* für den Wohnungsbau, durchgreifende *Propaganda* für den genossenschaftlichen Wohnungsbau und gegen die Bodenspekulation, Ruf nach einem eigenständigen *Verbandssekretariat*; konnte man wirklich ein Mehr an Postulaten noch erwarten? Und ein Mehr an Zutrauen zum Zentralvorstand, daß er Aufgaben solchen Umfanges zu lösen vermöge? Aufgaben, deren sich Bodenreformer, Freiwirtschaftler, Volkswirtschaftler,

Politiker von Format in jahrzehntelanger Arbeit nicht haben entledigen können? Nun, der Zentralvorstand wird sein Möglichstes versuchen. Auf alle Fälle ist er mit schwerer Fracht von Winterthur heimgekehrt!

Unsere Winterthurer Freunde haben schon zum vorneherein dafür Sorge getragen, daß die beiden Tage auch leichtere Kost boten. Das war der Fall im Sommertheater zum «Strauß», wo die Wechselfälle eines «Amor am Lido» die Besucher zu Lachsalven hinzureißen vermochten.

Das war auch der Fall am Sonntagvormittag, wo man, in zwei Gruppen und wiederum vom schönsten Wetter begünstigt, eine Reihe von klug geplanten, in ihrer Art vorbildliche *Wohnkolonien am Stadtrand* besichtigen konnte. Zwar kam manch einem die Fußtour bei der überschüssig vorhandenen Wärme etwas schwer an. Aber die Besichtigung der Kolonie selbst, des «Vogelsang», der Siedlung «Dätttau», der verschiedenen Siedlungen im «Schoren», der neuesten Kolonie am Stadtrain entschädigte alle Teilnehmer reichlich für die aufgewendete Mühe. Man muß es Winterthur lassen: seine Siedlungen haben Charakter. Sie dienen nicht nur der Beschaffung von Wohnraum, sie verwirklichen, jede für sich, immer wieder auch eine besondere Idee auf dem Gebiete des Wohnungsbaues. Und, nicht zu vergessen, sie schaffen wohlfeilen Wohnraum, vornehmlich in Form des Einfamilienhäuschens. Man kann von Winterthur in diesem Stück nur Gutes lernen.

Nicht vergessen werden soll auch die von Herrn *Bucher*, Vertreter des Verlages Guggenbühl & Huber, im Foyer zum großen Saal des Volkshauses mit erheblicher Mühe installierte *Ausstellung* von Erzeugnissen einiger Inserenten des «Wohnen». Sie bildete einen Ruhepunkt im Treiben der Tagung und wurde von unsern Delegierten eingehend betrachtet und gewürdigt, dies um so mehr, als sie mit einfachen Mitteln, aber sehr geschickt aufgebaut war und zudem die meisten der zu besichtigenden Kolonien auch noch in Plänen zeigte.

Den Ausklang der Tagung bildete das gut servierte und reichliche, gemeinsame Mittagessen im Volkshaus. Herr Regierungsrat *Corrodi*, kantonalzürcherischer Baudirektor, überbrachte dabei den Delegierten die Grüße und Wünsche der Zürcher Regierung und zeichnete zugleich ein sehr eindruckliches Bild der großen Leistungen, die der Kanton Zürich bereits für das Wohnungswesen, in erster Linie für den genossenschaftlichen Wohnungsbau, seit dem Ausbruch der neuen Wohnungsknappheit aufgebracht hat. Seine Worte fanden starke Beachtung. Herr *Kugler*, Basel, dankte der veranstaltenden Sektion namens der Delegierten für die gut gelungene Tagung und gab der Hoffnung Ausdruck, daß unsere Genossenschaften auch fernerhin in demokratischer Freiheit an der Arbeit stehen und die dringliche Aufgabe des Wohnungsbaues werden lösen können. Überrascht wurden die Teilneh-



Die Delegierten tagen im Volkshaus

mer durch eine praktische Gabe des Verlages Guggenbühl & Huber, der bereits den wesentlichen Teil des Blumenschmuckes auf sich genommen hat.

Der Vorsitzende faßte in einem kurzen Schlußwort nochmals den Dank des Verbandes an die Veranstalter, die Behörden, den Verlag, die Presse zusammen und forderte die Verbandsmitglieder auf, weiterhin dem Gedanken der genossenschaftlichen Solidarität nach Kräften zu dienen. Der weiträumige Garten des Volkshauses bot Gelegenheit, die Eindrücke, die man gewonnen hatte, in kleinerem oder größerem Kreis bis zur Heimkehr auszutauschen: Es war eine Tagung reich an Anregungen, an persönlichem wertvollem Kontakt mit Gleichgesinnten und getragen vom Entschluß, unentwegt auf dem einmal begonnenen Weg weiterzuschreiten.

Verhandlungen

Im blumengeschmückten Volkshaussaal eröffnet Zentralpräsident *Straub*, Zürich, um 15.30 Uhr die diesjährige Tagung und begrüßt mit großer Freude die zahlreich erschienenen Delegierten. Ferner entbietet er freundlichen Willkommensgruß den Vertretern der verschiedenen Behörden und Ämter, wie auch der Presse. Es sind vertreten: Der Kanton Zürich durch Herrn Regierungsrat Corrodi, Baudirektor, der Kanton Baselstadt durch Herrn Regierungsrat Ebi und Herrn Nußbaumer, Vorsteher des Wohnungsamtes, der Kanton St. Gallen durch Herrn Regierungsrat Dr. Graf, die Stadt Winterthur durch Herrn Stadtpräsident Dr. Rüegg und Herrn Bauvorstand Löpfe, die Stadt St. Gallen durch die Herren Stadtrat Hauser und E. Hanselmann, Wohnungsverwalter, die Stadt Bern durch Herrn Gemeinderat Reinhard, die Stadt Luzern durch Herrn Stadtrat Muheim, die Stadt Schaffhausen durch Herrn Stadtrat Schalch, die Stadt Zürich durch Herrn Stadtrat Peter, das Eidgenössische Gesundheitsamt durch Herrn Alfred Wirz, die Eidgenössische Preiskontrollstelle durch Herrn Dr. Wiget, die Zürcher Kantonalbank durch Herrn Direktor Dr. Peter, früherer Zentralpräsident des Verbandes für Wohnungswesen, der Schweize-

rische Mieterverein durch dessen Präsidenten Herrn Dr. Wieser, Basel. Zum Schlusse dankt der Vorsitzende dem Verlag des «Wohnen», Guggenbühl & Huber, für die im Vestibul arrangierte Ausstellung.

Anschließend führt Präsident *Straub* aus, daß die Bau-genossenschaften in der heutigen schwierigen Zeit vor schwere Aufgaben gestellt werden. Im Schweizerischen Verband für Wohnungswesen seien rund 100 Bau- und Wohngenossenschaften zusammengeschlossen mit einem Bestand von 16 000 bis 17 000 Wohnungen und einer Bausumme von etwa 330 Millionen Franken. Seit dem letzten Weltkrieg habe sich der gemeinnützige Wohnungsbau erfreulich entwickelt. Die Genossenschaften haben mit dem Wohnungsbau zurückgehalten, als man billig bauen konnte, um den Wohnungsmarkt nicht noch mehr zu belasten. Heute sei aber trotz den schweren Verhältnissen der Zeitpunkt gekommen, sich wieder am Wohnungsbau zu beteiligen. Man gehe wohl mit gewissen Bedenken an die Aufgabe heran, aber mit Unterstützung durch die Öffentlichkeit in Form von Subventionen sollte deren Lösung möglich sein. Unsere Arbeit erfolge im Interesse des Volkes, denn wir sollen uns immer daran erinnern, daß wir uns zum Ziele gesetzt haben, das Wohnen von der Spekulation zu befreien. Eine Reihe von Kantonen und Gemeinden, wie auch der Bund hätten in der jetzigen Periode in bezug auf die Subventionen stärker eingegriffen, und wir dürfen erwarten, daß sich die Unterstützung durch die öffentliche Hand noch in vermehrtem Maße auswirken werde.

Tagessekretär

Als Tagespräsident wird Hans *Neuweiler*, Zürich, bestimmt.

Ansprachen

Im Namen der Stadt Winterthur begrüßt Herr Stadtrat *Löpfe* die Delegierten und Gäste und betont, daß die heutige Versammlungsstätte in gemeinsamer Arbeit durch Volk und Behörden zustandegekommen sei. Das Volkshaus biete ein Zeugnis einer besonderen politischen und wirtschaftlichen Struktur der Bevölkerung. Winterthur dürfe als eine Stadt der Genossenschaften angesprochen werden, wobei der genossenschaftliche Wohnungsbau an vorderster Stelle stehe. Im Sinne eines Zitates von Jeremias Gotthelf heiße der



Architekt Ninck erklärt die Siedlung im «Schoren»

Redner die Versammlung im Namen des Stadtrates als Gäste willkommen und wünscht den Verhandlungen guten Erfolg.

Für die Genossenschaften auf dem Platze Winterthur spricht Herr Redaktor *Brandenberger* und führt unter anderem aus: «Wenn man von Winterthur spricht, denkt man in erster Linie an seine weltbekannte Industrie. Was hier Gemeinschaftsarbeit leistet, ist Qualitätsarbeit, die Weltruf genießt. Winterthur wird aber auch als eine Stätte der Kunstpflege gerühmt und auf dem Gebiete der Musikpflege steht die Stadt nicht an letzter Stelle. Noch eine andere, neue Seite der Stadt soll aufgezeigt werden, denn Winterthur ist auch eine Stadt der Genossenschaften. Der Konsumverein Winterthur feierte dieses Jahr sein 75jähriges Bestehen. Neben dieser größten Genossenschaft besteht noch eine große Zahl weiterer genossenschaftlicher Organisationen. Von den 15 Bau- und Wohngenossenschaften sind 13 der Sektion Winterthur angeschlossen. Ein kräftiges Zeugnis genossenschaftlicher Wirtschaft bieten die landwirtschaftlichen Gebilde, wie der VOLG. u. a. Ein ebenso stolzes Wahrzeichen genossenschaftlicher Selbsthilfe bietet das Volkshaus, in welchem heute der Verband tagt. Auch Produktivgenossenschaften sind hier zu Hause, so daß man also Winterthur mit Recht eine Stadt der Genossenschaften nennen darf. Im Namen aller dieser Genossenschaften überbringe ich Ihnen herzliche Grüße und Wünsche für eine gedeihliche Tagung. Mein Wunsch ist, die heutige Tagung möge für den Wohnungsbau neue Aufstiegsmöglichkeiten und Anregungen zum Vorteil der gesamten Mieterschaft und des ganzen Landes bringen.»

Der Vorsitzende dankt die beiden Begrüßungen aufs herzlichste und dankt auch der Sektion Winterthur für die



Siedlung im «Schoren»

Übernahme der Tagung. Gleichzeitig teilt er mit, daß der Stadtrat von Winterthur beschlossen habe, unsere Tagung mit einem Beitrag von 400 Franken zu unterstützen, was von der Versammlung mit Beifall verdankt wird. Ferner gibt Präsident *Straub* noch bekannt, daß die Zürcher Kantonalbank ihren Beitrag an den Verband auf 200 Franken erhöht habe.

Protokoll

Das Protokoll der Jahresversammlung vom 6. und 7. Juni 1942 in Basel, abgedruckt in Nr. 6 des «Wohnen» 1942, wird genehmigt.

Jahresbericht 1942

Der Bericht wird vom Vorsitzenden abschnittsweise zur Diskussion gestellt, wobei er bekannt gibt, daß mit dem Verlag für unser Verbandsorgan eine Erhöhung des Abonnements von Fr. 2.20 auf Fr. 2.40 vereinbart wurde. Gleichzeitig appelliert Präsident *Straub* an die Delegierten, das «Wohnen» zu abonnieren und fordert zur tatkräftigen Mitarbeit an der Zeitschrift auf.

Diskussion

Herr *Steinmann*, Zürich, vermißt im Jahresbericht einen Hinweis über das Schicksal der letztjährigen Resolution. Er erinnert an seinen Antrag, daß man auch gegen die Bodenspekulation Front machen müsse. Dieses Problem sei heute sehr akut, besonders für die Genossenschaften, die sich wieder mit dem Bauen beschäftigen. Der Redner verweist auf die im Nationalrat eingereichten Motionen, auf die bis jetzt keine Antwort erfolgt sei. Weil diese Sache im engsten Zusammenhang mit unseren Bestrebungen gegen die Spekulation stehe, möchte er dem Zentralvorstand den Auftrag geben, falls nicht bereits schon Schritte in dieser Beziehung unternommen wurden, alle Bestrebungen, die ein neues Bodenrecht für städtische und dörfliche Siedlungen befürworten, aufs kräftigste zu unterstützen. Überdies sollten Erhebungen gemacht werden, wie weit die Bodenspekulation bereits Platz ergriffen habe. Eine Aktion gegen die Spekulation sei eine der dringenden Aufgaben des Verbandes.

Präsident *Straub* antwortet, der Zentralvorstand habe heute vormittag beschlossen, eine Eingabe in dem Sinne an den Bundesrat zu richten, daß der Verband die im Ständerat und Nationalrat gestellten Motionen unterstütze und der Wohnungsbau gehindert werde, wenn man der Spekulation keinen Riegel schiebe. Ebenso sei eine Eingabe beschlossen worden in bezug auf Expropriationsmöglichkeiten. Ein weiterer Beschluß gehe dahin, die Frage der Landesplanung dadurch zu unterstützen, daß man sich mit den betreffenden Kreisen in Verbindung setze.

Herr *Steinmann* legt Wert darauf, daß die Aktion in die Öffentlichkeit getragen werde, um in weitesten Kreisen auf die Schäden der Bodenspekulation aufmerksam machen zu können. Diese Aufklärung müsse heute unternommen werden, damit die Behörden auch von unten einen Stupf erhalten.

Präsident *Straub* erklärt sich bereit, den Auftrag zur Prüfung durch den Vorstand entgegenzunehmen, trotzdem die Frage ziemlich kompliziert sei. Für eine wirklich durchgreifende Aufklärung benötige man bedeutende Mittel, die dem Verband nicht zur Verfügung stünden. Der Zentralvorstand habe beschlossen, die Eingabe an alle Mitglieder des Bundesparlaments und an die Kantone zu übermitteln, auf welchem Wege man auch an die Bevölkerung gelange.

Herr Dr. *Wieser*, Basel, gibt bekannt, daß der Schweizerische Mieterverein ebenfalls eine Eingabe in gleichem Sinne

an den Bundesrat beschlossen habe. Vom Bundesrat sei auf Anfang dieses Jahres eine diesbezügliche Verordnung in Aussicht gestellt worden, erschienen sei sie aber noch nicht. Ein energischer Vorstoß in dieser Sache durch den Verband für Wohnungswesen sei sehr zu begrüßen. Aufklärung der Bevölkerung wäre durch das Mittel der Presse möglich.

Herr Architekt *Lanz*, Biel, gibt in diesem Zusammenhang den Antrag der Sektion Bern an den Zentralvorstand bekannt, der wie folgt lautet: «Der schweizerische Verband solle durch eine Eingabe und Konferenzen vorstellig werden, daß die geltenden Expropriationsgesetze Anwendung finden können auf den gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsbau. Die Gemeinwesen sollen das Recht erhalten, Land für Siedlungszwecke zu expropriieren. Die Landes- und Regionalplanung ist bezüglich Wohngebiete in den größeren Gemeinden vorzubereiten und zu fördern, daß das Gelände, welches für den kollektiven gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsbau geeignet ist, der Bebauung erschlossen und bebaut werden kann. Nachdem nunmehr gesetzliche Bestimmungen bestehen bezüglich der Veräußerung bäuerlicher Liegenschaften zum Ertragswert, sind analoge Grenzen zu setzen für die Veräußerung des Geländes, das zu Wohn- oder andern Zwecken veräußert wird.»

Der Antragsteller erkennt die Schwierigkeiten nicht, die sich der Realisierung dieser Anregung entgegenstellen. Aber es sollte doch möglich sein, bis nächstes Jahr einen Schritt weiterzukommen. Es könne kein richtiger Siedlungsbau getrieben werden, wenn das nötige Land nicht zur Verfügung stehe. Durch die Mehranbauverpflichtung seien die Städte in dieser Beziehung noch mehr in Schwierigkeiten gekommen. Wir sollten nicht nur gegen die Spekulation geschützt sein, sondern das Land auch zu annehmbaren Preisen kaufen können. Zu begrüßen sei, daß die Expropriationsfrage auch von anderer Seite aufgegriffen werde. Die Delegierten dürften versichert sein, der Zentralvorstand werde in kürzester Zeit in dieser Sache alles tun, was möglich sei.

Auch Herr Stadtrat *Peter*, Zürich, betont, daß der Vorstand in dieser Frage einig und willens sei, das zu unternehmen, was von Verbandes wegen möglich ist. Der Zentralvorstand besitze Vertreter von verschiedenen Städten, in denen die Probleme gleich liegen. Heute liege die Situation vielleicht etwas günstiger als noch vor kurzer Zeit, wobei an die Familienschutzpropaganda im Zusammenhang mit dem Siedlungsbau erinnert sei. Der Redner verweist auf die Verhandlungen im Zürcher Gemeinderat, bei welchen der Kleinhäusbau in den Vordergrund gestellt wurde, ferner auf Motionen über Entstädterung. Unsere Aufgabe bestehe darin, diese Forderungen, die von den verschiedensten Seiten der Bevölkerung kommen, zu unterstützen und darauf hinzuweisen, welche Maßnahmen zur Lösung der Probleme nötig seien. Diese Fragen könne der Verband allein nicht lösen, sondern hier müssen weiteste Kräfte zusammenwirken. Es brauche Planung und Eingriffe in Privatrechte, an die man sich bis heute nicht gewohnt sei. Ohne solche Eingriffe komme man aber nie zum Ziel, dazu benötige man die Hilfe von Bund und Kantonen.

In der Abstimmung wird der Jahresbericht in der vorliegenden Form und im Sinne der gestellten Anträge gutgeheißen.

Jahresrechnung 1942

Die Jahresrechnung, die mit einem Überschuß von Fr. 1058.25 und einem Vermögen von Fr. 22 110.90 abschließt, wird vom Vorsitzenden verlesen. Die Rechnungsrevisoren empfehlen die Rechnung zur Annahme, die Ver-

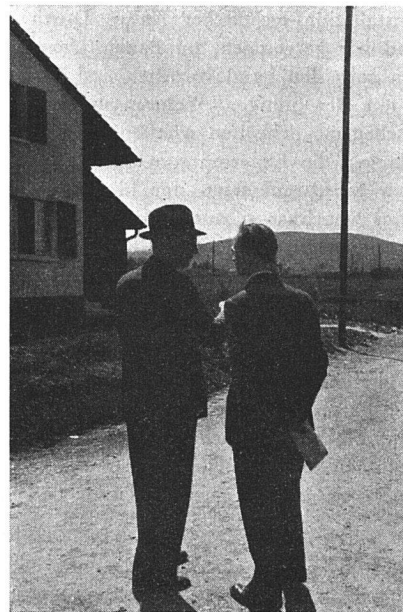
sammlung stimmt diesem Antrag stillschweigend zu unter Déchargeerteilung und bester Verdankung an Zentralvorstand und den Quästor, Herrn *Iringer*.

Fonds de roulement

Präsident *Straub* gibt bekannt, daß der Fonds von ursprünglich Fr. 200 000.— auf Fr. 205 890.— angewachsen sei. Ferner gibt er an, welche Genossenschaften heute noch Nutznießer sind. Seit Bestehen des Fonds wurde dieser im laufenden Jahre zum ersten Male von einem eidgenössischen Beamten geprüft. Die Genehmigung der Abrechnung erfolgt durch das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit.

Wahl der Rechnungsrevisoren

Die beiden bisherigen Revisoren, die Herren *Schaltenbrand* und *Jenny*, werden für eine weitere Amtsdauer bestätigt. Im weitem hat der Zentralvorstand beschlossen, einen Suppleanten zu wählen, für welches Amt ein Vertreter der Sektion Basel in Aussicht genommen wird. Die Nominierung



Stadtpräsident Dr. Rüegg und Arch. Kellermüller
begleiten die Teilnehmer zur Besichtigung neuer
Kolonien

soll der Sektion Basel überlassen werden. Die Versammlung erklärt sich hiermit stillschweigend einverstanden.

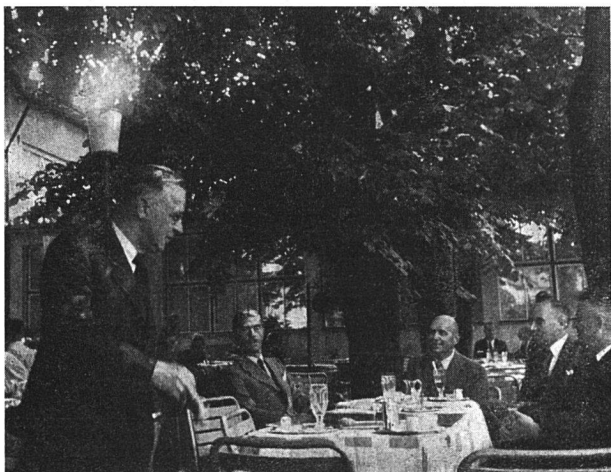
Anträge

Präsident *Straub* teilt mit, daß außer dem Antrag der Sektion Bern keine weiteren Anträge eingegangen seien. Durch die Beschlußfassung und den Auftrag an den Zentralvorstand bei der Diskussion über den Jahresbericht sei der Antrag Bern erledigt worden.

Orientierung über die bautechnische Schriftenreihe des KIAA. zum «Sozialen Wohnungsbau».

(«Bauen in Kriegszeiten»)

Zu dem Thema führt der Referent, Herr Architekt *Kellermüller*, Winterthur, in grundsätzlicher Beziehung unter anderem folgendes aus: «Auftraggeber für die Schriftenreihe ist der Delegierte des Bundes für Arbeitsbeschaffung. Diese Schrift soll einen Weg weisen, wie jetzt gebaut werden kann und muß. Sie stützt sich auf vorangegangene Schriften mate-



Im schattigen Volkshausgarten

rial- und installations-technischer Natur. Durch die Kriegseinflüsse sind wir gezwungen, im Bauen Umstellungen und Anpassungen nach den Landesvorräten und Materialien vorzunehmen, um den nötigen Wohnungsbedarf decken und genügend Arbeitsmöglichkeiten schaffen zu können. Aus Erfahrung gelangen die Experten zum Schluß, daß trotz allen erforderlichen Einschränkungen nur in guter Qualität und auf die Dauer berechnet gebaut werden soll. Für die Eigenart der verschiedenen Landesgegenden ist alle Freiheit zu wahren. Wichtig ist, daß wir auf allen Gebieten mit der Entwicklung Schritt halten.

Der erste Teil

befaßt sich mit dem Schutz gegen Kälte und Witterung. Es darf nicht mehr nur «billig» gebaut werden wie nach dem letzten Krieg. Besondere Beachtung ist deshalb zu schenken den Mauerstärken, der Sonnenlage, der Wärmespeicherung, genügender Bauzeit, den Fenstern, Türen und den Stockwerkshöhen.

Der zweite Teil

gibt Hinweise auf gesundheitliche Förderungen bezüglich Wasser- und Abwasser-Anlagen, allgemeine Bauorientierungen, Lüftungen, Bedeutung der Stube als Wohn- und Essraum, Küchen-, Bad- und Toilette-Dispositionen, Schallschutz und dergleichen.

Der dritte Teil

bespricht die Art und Eignung der Wohnung im Mehrfamilien-, zusammengebauten Einfamilien- und freistehenden Einfamilienhaus. Für das Mehrfamilienhaus (rein städtisch) sollen maximal 6 Wohnungen am selben Treppenhaus gefordert werden. Die Zweizimmerwohnung ist nur alleinstehenden oder kinderlosen Ehepaaren zu reservieren. In jedem Falle ist das Bedürfnis der Familie in den Vordergrund zu stellen. Dem Reiheneinfamilienhaus (offenes Stadtgebiet) sind 300 bis 500 Quadratmeter Land, dem eigentlichen Siedlungshaus (Stadttrand) für die kinderreiche Arbeiterfamilie für dessen zusätzliche Selbstversorgung 1000 bis 1200 Quadratmeter zuzuteilen. Das Haus des letzteren muß auch noch ausbaufähig sein.

Wir sind gezwungen, uns in die Materialfragen zu vertiefen und jedes Detail sorgfältig zu prüfen, was wohl vor allem Sparsamkeit, aber auch allgemein Gewinn bedeuten kann. Dazu wird es unerlässlich sein, die Typisierung und

Normierung sinnvoll anzuwenden. Das bringt nicht nur Verbilligung, sondern auch Materialausnützung und gute Durchschnitsarbeit. In erster Linie bezieht sich diese auf Fenster, Türen, Treppen usw. Aber auch für Außenwandelemente im Holzbau.

Das Ziel dieser Schrift ist, der Zeit wohl Rechnung zu tragen, den Wohnungsstandard jedoch nicht unter ein bestimmtes Niveau sinken zu lassen, damit eine gute Weiterentwicklung gewährleistet ist. Sie soll somit den Behörden als Richtlinie dienen für ihre Förderungs- und Subventionenaktionen, dem Handwerk ein Handbuch, den Architekten aber lediglich Anregung zu weiteren Entwicklungen und Verbesserungen.»

Präsident *Straub* verdankt die instruktiven Ausführungen des Referenten aufs wärmste und bittet ihn, den Dank des Verbandes auch an die betreffende Expertenkommission zu übermitteln. Es sei hochehrfrohlich, daß die Behörden diese Arbeit ernsthaft an die Hand genommen haben und daß die Kommission nicht die Primitivität an erste Stelle setze, sondern die Wohnlichkeit. Ebenso erfreulich sei, festzustellen, daß wir mit unserer bisherigen Bauweise nicht so ganz auf dem falschen Wege waren.

Allgemeine Aussprache

Als erster Diskussionsredner unterstreicht Herr Nationalrat *Reinhard*, Bern, daß die Förderung des Wohnungsbaues nur mit Unterstützung der öffentlichen Hand möglich sei. Nach langem Zögern habe der Bund endlich mit der revidierten Verordnung vom 30. Juni 1942 eine Aktion unternommen, die in vieler Beziehung dem Verlangen unseres Verbandes entspreche. Bezüglich der Vorschläge des Referenten, Herrn Kellermüller, müsse gesagt werden, daß es sich vorerst nur um Vorschläge handle. Von Finanzseiten aus gehe eine andere Tendenz, nämlich die Tendenz zum Primitivbau. Die letzten Anordnungen des Bundes verlangen, daß künftig nur noch Bauten in einfachster Ausführung für Minderbemittelte subventioniert werden. Gegen diese Absichten müssen wir mit aller Entschiedenheit Stellung nehmen, daß für die minderbemittelte Familie das primitivste gut genug sei. Die Baugenossenschaften sollten sich vor diesem Zwang nicht beugen, um nicht den sozialen Wohnungsbau zu mißkreditieren. Es gebe nichts teureres, als billigste Wohnbauten. In bezug auf die Bodenspekulation dürfe man nicht leichtsinig über die Sache hinweggehen. Der Bodenvorrat werde immer mehr verkleinert, bei minderem Angebot und stärkerer Nachfrage ergebe sich ohne weiteres eine Steigerung des Landpreises. Ein weiteres Problem, das endlich gelöst werden müsse, sei die Baurechtsfrage, und zwar könne hierfür nur eine eidgenössische Regelung in Frage kommen. Unser heutiges Begehren auf Förderung des Wohnungsbaues sei nur auf die Notzeit eingestellt. Wir müssen auf eine Lösung auf die Dauer hintendieren und uns dagegen wehren, daß wir nur bauen können, wenn die Bauteuerung am größten ist. Eine Lösung würde darin bestehen, wenn der Bund ein großes Wohndarlehen aufnehmen würde, das als dauernder und fester Stock zur Förderung des guten Wohnungsbaues zur Verfügung stände, auch mit Rücksicht auf die Nachkriegszeit. Der Verband könnte auch von seinen Sektionen beispielsweise pro Wohnung 1 Franken erheben und diese Mittel für den Kampf verwenden. Die genossenschaftliche Wohnung dürfe aber nicht auf die Städte konzentriert bleiben, sondern es müssen auch kleinere Ortschaften und das Land berücksichtigt werden. Das Problem der Wohnungen für landwirtschaftliche Dienstboten könne nur auf dem

Genossenschaftswege gelöst werden. Aus unseren Forderungen soll nicht ein Gegensatz zwischen Stadt und Land entstehen.

Präsident *Straub* verdankt auch dieses Votum und bemerkt hierzu, daß der Verband in allernächster Zeit diese Forderungen und Wünsche besprechen und versuchen werde, das bestmögliche zu erreichen. Ein Gegensatz zwischen Stadt und Land liege nicht in unserem Interesse, es gebe heute schon Genossenschaften, die ländliche Siedlungen erstellt haben. Anschließend bringt der Vorsitzende eine *Resolution* mit folgendem Wortlaut zur Verlesung: *«Die Generalversammlung des „Schweiz. Verbandes für Wohnungswesen“ vom 26. Juni 1943 in Winterthur stellt mit großer Besorgnis fest, daß erneut eine Zeit der Mieternot angebrochen ist. Sie hält dafür, daß Behörden und Öffentlichkeit sich den dringenden Bedürfnissen eines ausreichenden, menschenwürdigen und mit öffentlichen Mitteln in genügender Höhe geförderten Wohnungsbaues nicht mehr entziehen dürfen. Die Versammlung anerkennt die bisherigen vom Bunde sowie einzelnen Kantonen und Gemeinden geleisteten Bauhilfen. Sie stellt jedoch fest, daß einem genügenden und preiswürdigen Wohnungsbau vor allem durch eine neu auftretende Bodenversteuerung und Bodenspekulation die größten Hindernisse erwachsen. Sie fordert deshalb mit allem Nachdruck, auch für die Zukunft von Bundes- und kantonalen Behörden, daß dieser unliebsamen Erscheinung sofort mit wirksamen Maßnahmen, unter anderem auch mit der Möglichkeit einer raschen Expropriation entgegengetreten werde. Sie betrachtet die Lösung der Wohnungsfrage als die heute und für die nächste Zukunft vordringliche volkswirtschaftliche Aufgabe und erwartet, daß, zur Erhaltung der Volksgesundheit sowohl als auch zur Vermeidung wirtschaftlicher und sozialer Störungen, dieser Aufgabe die größtmögliche Aufmerksamkeit geschenkt werde.»*

Herr *Steinmann*, Zürich, hält es für nützlich, wenn der Zentralvorstand auf die nächste Jahresversammlung hin die Frage prüfen würde, ob es nicht zweckmäßig wäre, für den Verband ein eigenes Sekretariat zu schaffen, wobei ein entsprechendes Programm aufgestellt und die Finanzfrage zu lösen versucht würde. Herr *Steinmann* stellt in diesem Sinne *Antrag*. Zu dem Referat von Herrn Architekt *Kellermüller* bemerkt der Redner, es sei zu begrüßen, daß von einer primitiven Bauweise Abstand genommen werden soll. Er verweist hierbei auf die Erfahrungen, die die Allgemeine Baugenossenschaft Zürich mit der Übernahme der seinerzeitigen Versuchsbauten des Verbandes gemacht habe.

Präsident *Straub* nimmt den *Antrag* betreffend Sekretariat entgegen, macht jedoch darauf aufmerksam, daß zur Schaffung einer solchen Stelle bedeutende Mittel vorhanden sein müssen. Er ersucht die Delegierten, die Frage ihrerseits



«Unsere Mustermesse»

zu prüfen, in welcher Form die Genossenschaften an die Kosten beitragen könnten.

Herr *Imhof* von der Baugenossenschaft des Eidgenössischen Personals in Zürich bringt folgenden *Ergänzungsantrag* zur vorgeschlagenen *Resolution* ein: *«Die Versammlung unterstützt alle Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, daß erstens Boden, Bauen und Wohnen der Spekulation entzogen werden, zweitens, daß die Wohn- und Siedlungsbedingungen für alle Volksschichten in kultureller und gesundheitlicher Beziehung dem gehobenen Lebensstandard und den wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes angepaßt werden, drittens, daß der soziale Wohnungsbau durch Staat und Gemeinden dauernd gefördert werden.»*

Herr Architekt *Lanz*, Biel, verbreitet sich noch über das primitive und einfache Bauen und stellt die Frage: *«Wie wollen wir für minderbemittelte Familien bauen?»*, worauf der Vorsitzende erwidert, daß in der Broschüre ein Minimum dessen enthalten sei, was geboten werden soll. Unter dieses Minimum sollte nicht gegangen werden.

Präsident *Straub* weist noch darauf hin, daß auch die Heiz- und Mietzinsfragen zur Diskussion stehen, über die Herr Dr. *Wiget* von der Eidgenössischen Preiskontrollstelle gerne Auskunft geben werde. Das Wort hierüber wird jedoch von den Delegierten nicht verlangt.

In der nachfolgenden Abstimmung wird der *Resolution* des Zentralvorstandes mit fast einstimmiger Mehrheit zugestimmt, der Zusatz abgelehnt.

Mit einem Dankeswort an die Delegierten schließt Präsident *Straub* um 18 Uhr die Generalversammlung.

UNSERE GENOSSENSCHAFTEN AN DER ARBEIT

Der Genossenschaftstag

Unsere Baugenossenschaften haben den Genossenschaftstag gefeiert, und sie haben ihn in vollem Bewußtsein der besonderen Umstände gefeiert, unter denen sie, mit unserem ganzen Land, zu leben und gelegentlich auch zu leiden haben. Weder die bereits wieder drohenden Heizsorgen, noch die mancherlei

Unannehmlichkeiten der Verwaltung ihrer Wohnungen, noch die Unsicherheit einer nahen Zukunft, noch schließlich vielerlei persönliche Lasten haben sie vom Feiern abhalten können. Die Genossenschaft bleibt ihnen, und das ist der Untergrund ihres Feierns, die Verheißung für die Zukunft unseres Landes so gut als